

Warum das Alte so nah beim Neuen liegt

Afrika in der Koalitionsvereinbarung

Robert Kappel

Man wundert sich nicht, dass Afrika im Koalitionskompromiss nur eine Randnotiz ist. Es ist auch nicht überraschend, dass so manch ein Politiker der Ampelkoalition das Dokument gut findet und dort ein paar Perlen entdeckt. Aber im Grunde ist das Alte das Neue.

Der Ampelvertrag strotzt vor Formulierungen wie: Wir haben Lust auf Neues, wir wollen einen Neuanfang auf allen Ebenen. Die bittere Wahrheit ist: Afrika spielt im Koalitionsvertrag eine weitaus geringere Rolle als in den Vereinbarungen der Vorgängerregierung. Dies hat sicherlich damit zu tun, dass die beiden Neukoalitionäre in ihrem bisherigen Politikverständnis in Sachen Internationalismus und der Kooperation mit Ländern jenseits von Europa kaum Zeichen gesetzt haben. Bei den Grünen klafft hier eine Art Leerstelle und die FDP wirkt eher blass, was Außen- und Entwicklungspolitik betrifft. Und die SPD hat bereits in der GroKo agiert, sei es beim Lieferkettengesetz oder dem *Compact with Africa*. Man hätte einen wirklichen Neubeginn von Grün-Gelb erwarten können, aber da kam nicht viel.

Was nimmt sich die Ampel für Afrika vor?

Es ist wenig Denkarbeit in die Ausgestaltung der Passagen des Kapitels „Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“ geflossen:

Dass die Koalition den *Compact with Africa* (CwA) weiter verfolgen will, das konnte man annehmen, hatte doch der neue Kanzler dieses Konzept bereits als Finanzminister vertreten. Auch wenn der CwA in keiner Hinsicht irgendetwas Sozialdemokratisches beinhaltet. Die Idee stammte von Wolfgang Schäuble, der im Sinne des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf Marktreformen, Finanzierung und Business Environment gesetzt hatte, um ausländische Investoren nach Afrika zu bringen. Nach drei Jahren lässt sich feststellen: falscher Input. Man fragt sich, wer zum CwA im Ampelvertrag mitgewirkt hat, offenbar nicht die sozialdemokratischen Linken und auch nicht die Grünen. Der CwA steht gegen das grüne Kernthema: Großinvestitionen in die Infrastruktur, die auf den Abbau der Rohstoffe ausgerichtet sind und nicht den Sustainable Development Goals entsprechen.

Das *Lieferkettengesetz* zu europäisieren, scheint Konsens zu sein. Naja, alle Akteure schieben das jetzt auf die europäische Ebene. Aber Lieferkettengesetz heißt auch Einmischung in die Angelegenheiten unabhängiger Staaten, die über ihre Sozial-, Lohn-, Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards bestimmen und nicht die Europäer oder gar die Deutschen. Der Schuss könnte nach hinten losgehen, wenn afrikanische Länder sich verbitten, Normen und Standards von außen gesetzt zu bekommen.

Freier und fairer Handel. Was denn nun? Wie fair soll der Handel sein? Zum Beispiel die Abschaffung der Agrarsubventionen in der EU? Der größte Nahrungsmittlexporteur der Welt hat dazu beigetragen, die Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft zu erschweren. Oder Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmnisse für afrikanische Exporteure? Die neue Regierung hält das vage, um sich bei den Themen Subventionen und Protektionismus in der EU nicht zu weit vorzuwagen. Noch immer hindert man afrikanische Unternehmen daran, Märkte in Europa zu erschließen, abgesehen von Produkten wie Rohstoffe, Kakao und Kaffee, die alten Kolonialwaren eben. Die Industrialisierung Afrikas war noch nie im europäischen Interesse. Lieber exportieren.

Das *Sonderprogramm „Globaler Süden“*: „Wir wollen koloniale Kontinuitäten überwinden, uns in Partnerschaft auf Augenhöhe begegnen und veranlassen unabhängige wissenschaftliche Studien zur Aufarbeitung des Kolonialismus“. Ginge es darum, die kolonialen Kontinuitäten zu überwinden, dann müsste man die Handels- und Investitionsbeziehungen ändern. Davon steht nichts im Vertrag. Vielleicht ist die Rückgabe geraubter Kulturgüter gemeint? Dann sollte man das sagen.

Einen recht eigenartigen Satz findet man zu *Namibia*. „Die Aussöhnung mit Namibia bleibt für uns eine unverzichtbare Aufgabe, die aus unserer historischen und moralischen Verantwortung erwächst. Das Versöhnungsabkommen mit Namibia kann der Auftakt zu einem gemeinsamen Prozess der Aufarbeitung sein“. Moralische Verantwortung? Aufarbeitung? Ist nicht klar, dass der deutsche Kolonialismus dort Verbrechen begangen hat und dass es um mehr als um Aufarbeitung geht?

Abkehr vom Paternalismus nötig

Am Problematischsten ist, dass die Verhandler nicht einmal mitbekommen haben, dass sich die Zeit der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) dem Ende zuneigt und die meisten afrikanischen Länder keine

Entwicklungskooperation mehr wollen. Der Wind hat sich gedreht. Auf dem Kontinent will man kein postkoloniales Agieren mehr und es gibt genügend Experten, die ihre Länder besser kennen als die ausländischen Fachkräfte. Deutschland ist als Partner gefragt – wirtschaftliche und technologische Kooperation, aber nicht als Geber von EZ. Insofern ist das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für EZ in Frage zu stellen. 0,7 Prozent wollen natürlich die Interessensvertreter der Nichtregierungs- und der staatlichen Entwicklungsorganisationen, die alle am Tropf des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hängen. Diese Eigeninteressen hätte man beschränken müssen. Stattdessen noch mehr Geld (immerhin 12 Milliarden Euro für das BMZ). Was soll damit gemacht werden? Eine Abkehr vom Paternalismus ist nötig, aber davon ist nichts zu spüren.

Das Dokument antizipiert nicht die großen Herausforderungen (Klima-, Beschäftigungs- und Armutskrisen) und die tiefgreifenden Transformationen (Entwicklung urbaner Zentren, Mittelschichten, die afrikanische Freihandelszone oder die Industriekonzepte). Und im Dokument auch kein Wort zur geostrategischen Veränderung mit China, Russland, den USA, der Türkei, Indien. Es sollte klar sein, dass es angesichts dieser Veränderungen einer Neuaufstellung der deutschen Außen-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik bedarf. Dass die größte Wirtschaftsmacht in Europa keinen Plan dafür entwickelt hat, lässt tief blicken. Man darf nicht alles im Koalitionsvertrag für bare Münze nehmen. Aber ein wenig mehr hätte man in Sachen Außenpolitik und Afrika erwarten können. 🌐



Prof. Dr. Robert Kappel

emeritierter Professor am Institut für Afrikastudien, Universität Leipzig. Er unterrichtet im Postgraduiertenprogramm „Small Enterprise Promotion and Training“ an der Universität Leipzig. Von 2004-2011 Präsident des German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg

robert.kappel@uni-leipzig.de